

**BERICHT UND ANTRAG  
DER REGIERUNG  
AN DEN  
LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN**

**BETREFFEND  
DEN ENTWURF DES BESCHLUSSES DES GEMEINSAMEN EWR-  
AUSSCHUSSES**

**Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 (MiCAR)**

**Verordnung (EU) 2023/1113 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 (Geldtransferverordnung/TFR)**

<i>Behandlung im Landtag</i>	
	<i>Datum</i>
Schlussabstimmung	

**Nr. 126/2024**



## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung .....	5
Zuständiges Ministerium.....	6
Betroffene Stelle .....	6
<b>I.   BERICHT DER REGIERUNG .....</b>	<b>8</b>
1.   Ausgangslage .....	8
2.   Begründung der Vorlage.....	9
3.   Schwerpunkte der Vorlage .....	10
3.1   MiCAR.....	10
3.2   TFR.....	11
4.   Durchführung.....	12
5.   Verhältnis zur Schweiz.....	13
6.   Verfassungsmässigkeit / Rechtliches.....	14
7.   Auswirkungen auf Verwaltungstätigkeit und Ressourceneinsatz .....	15
7.1   Neue und veränderte Kernaufgaben .....	15
7.2   Personelle, finanzielle, organisatorische und räumliche Auswirkungen.....	15
7.3   Betroffene UNO-Nachhaltigkeitsziele und Auswirkungen auf deren Umsetzung .....	15
7.4   Evaluation.....	17
<b>II.   ANTRAG DER REGIERUNG .....</b>	<b>18</b>

**Beilagen:**

- Entwurf des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (in englischer Fassung)

## **ZUSAMMENFASSUNG**

*Am 9. Juni 2023 wurden die Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 (nachfolgend "MiCAR") und die Verordnung (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 (nachfolgend "TFR") im Amtsblatt der Europäischen Union publiziert.<sup>1</sup>*

*Die MiCAR legt einheitliche Vorschriften für Emittenten von Kryptowerten, die bisher nicht durch andere Rechtsakte im Bereich Finanzdienstleistungen des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) geregelt sind, sowie für Anbieter von Dienstleistungen im Zusammenhang mit solchen Kryptowerten (Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen) fest.*

*Die TFR enthält Vorschriften zu den Angaben zu Zahlern und Zahlungsempfängern bei Geldtransfers in jeglicher Währung und zu den Angaben zu Originatoren und Begünstigten bei Transfers von Kryptowerten sowie Vorschriften für interne Strategien, Verfahren und Kontrollen, mit denen die Umsetzung restriktiver Massnahmen gewährleistet wird.*

*Liechtenstein ist zur Übernahme der MiCAR sowie der TFR aufgrund seiner EWR-Mitgliedschaft verpflichtet. Liechtenstein hat einen Vorbehalt nach Art. 103 des EWR-Abkommens angemeldet, da die Durchführung der MiCAR sowie der TFR in Liechtenstein den Erlass des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte (EWR-MiCA-Durchführungsgesetz; EWR-MiCA-DG) sowie die Änderung von Bestimmungen des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), des Gesetzes über Token und VT-Dienstleister (TVTG), des Bankengesetzes (BankG) sowie weiterer Gesetze bedingt.*

*Der Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte*

---

<sup>1</sup> ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 1 und S. 40.

*und die Abänderung weiterer Gesetze sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte, wurde von der Regierung am 30. Januar 2024 verabschiedet. Die Vernehmlassungsfrist endete am 28. März 2024. Der entsprechende Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein<sup>2</sup> wurde in erster Lesung im Oktober-Landtag 2024 behandelt und soll in zweiter Lesung im Dezember-Landtag 2024 behandelt werden.*

*Ein zeitnahes Inkrafttreten der MiCAR sowie der TFR ist unbedingt erforderlich, um eine den EU-Mitgliedstaaten gleichwertige Regulierung sicherstellen zu können und damit insbesondere das gute Funktionieren des grenzüberschreitenden Geschäftsverkehrs innerhalb des EWR zu gewährleisten. Daher sollen beide Rechtsakte in Liechtenstein mit 1. Februar 2025 vorabumgesetzt werden. Der Beschluss Nr. .../2024 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bedarf zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Landtages, da es sich hierbei um einen Staatsvertrag handelt, durch welchen Verpflichtungen im Sinne von Art. 8 Abs. 2 der Landesverfassung eingegangen werden.*

#### **ZUSTÄNDIGES MINISTERIUM**

Ministerium für Präsidiales und Finanzen

#### **BETROFFENE STELLE**

Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)

---

<sup>2</sup> Bericht und Antrag Nr. 94/2024 der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und die Abänderung weiterer Gesetze sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte; <https://bua.regierung.li/BuA/default.aspx?nr=94&year=2024&backurl=modus%3dsearch%26filter1%3dvt%26filter2%3d94&sh=-984808539>.

Vaduz, 05. November 2024

LNR 2024-1608

P

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete

Die Regierung gestattet sich, dem Hohen Landtag nachstehenden Bericht und Antrag zum Entwurf des Beschlusses betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 sowie der Verordnung (EU) 2023/1113 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 sowie der Verordnung (EU) 2023/1113 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zu unterbreiten.

## **I. BERICHT DER REGIERUNG**

### **1. AUSGANGSLAGE**

Die MiCAR und die TFR sind in den EU-Mitgliedstaaten am 9. Juni 2023 in Kraft getreten und gelten ab dem 30. Dezember 2024 unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat.

In den EWR/EFTA-Staaten werden die MiCAR und die TFR am Tag des Inkrafttretens des entsprechenden EWR-Übernahmebeschlusses in Kraft treten. Beide Verordnungen werden ab diesem Datum in den EWR/EFTA-Staaten unmittelbar anwendbar. Jedoch bedürfen die MiCAR und die TFR einer Durchführung im liechtensteinischen Recht. Diese erfolgt durch den Erlass des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte (EWR-MiCA-Durchführungsgesetz; EWR-MiCA-DG) sowie die Änderung von Bestimmungen des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), des Gesetzes über Token und VT-Dienstleister (TVTg), des Bankengesetzes (BankG) sowie weiterer Gesetze.

Das Inkrafttreten des Beschlusses Nr. .../2024 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bedarf des Abschlusses der Zustimmungsverfahren durch die nationalen Gesetzgeber in den EWR/EFTA-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein. Der vorliegende Bericht und Antrag und dessen Behandlung im Landtag dienen dazu, die Zustimmung des Landtags einzuholen.

Aufgrund der sehr speziellen Situation und dem Interesse des liechtensteinischen Finanzplatzes, die MiCAR und die TFR so rasch wie möglich in Kraft zu setzen, wird dem Hohen Landtag ausnahmsweise ein finaler Entwurf<sup>3</sup> eines EWR-

---

<sup>3</sup> Geringfügige Änderungen technischer Natur können sich allenfalls im Zuge der Verfahren auf EU-Seite ergeben. Sollten solche Änderungen vorgenommen werden, wird der Landtag bzw. die EWR-



Übernahmebeschlusses in englischer Fassung zur vorherigen Genehmigung vorgelegt. Um Verzögerungen im EWR-Übernahmeprozess zu vermeiden und um sicherzustellen, dass die betroffenen EU-Rechtsakte umgehend als ins EWR-Abkommen übernommen werden können, ist eine Befassung des Landtags mit bestimmten EWR-Übernahmebeschlüssen vor deren Unterzeichnung im Gemeinsamen EWR-Ausschuss notwendig.

So kann sichergestellt werden, dass der EWR-Übernahmebeschluss zeitnah nach seiner Unterzeichnung durch den Gemeinsamen EWR-Ausschuss in Kraft treten kann, sofern auch die nationalen Zustimmungsverfahren in Norwegen und Island zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sind. Der Gemeinsame EWR-Ausschuss wird voraussichtlich Ende 2024 beschliessen, die MiCAR und die TFR in das EWR-Abkommen zu übernehmen.

## **2. BEGRÜNDUNG DER VORLAGE**

Da aufgrund der MiCAR und der TFR liechtensteinisches Gesetzesrecht abgeändert werden muss, bedarf die Übernahme dieser beiden EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen der Zustimmung des Landtags (siehe Art. 8 Abs. 2 der Landesverfassung).

Die EWR-Kommission des Landtags wird im Zuge des regulären Übernahmeverfahrens vor der Beschlussfassung im Gemeinsamen EWR-Ausschuss mit dem Beschlussentwurf befasst werden. Sollten sich im Zuge des weiteren EWR-Übernahmeverfahrens, insbesondere auf Seiten der EU, Änderungen ergeben, so wird die EWR-Landtagskommission entsprechend informiert werden. Es obliegt dann dem Entscheid der EWR-Landtagskommission, ob der vom Landtag bereits vorab

---

Landtagskommission entsprechend informiert werden und es kann entschieden werden, ob der Landtag erneut befasst werden muss (siehe dazu Seite 12).

genehmigte EWR-Übernahmebeschluss der nochmaligen Zustimmung des Landtags bedarf.

### **3. SCHWERPUNKTE DER VORLAGE**

#### **3.1 MiCAR**

Die MiCAR beseitigt die bisherige Fragmentierung der Regulierung in Bezug auf Kryptowerte im EWR und legt einheitliche Anforderungen für das öffentliche Angebot und die Zulassung zum Handel auf einer Handelsplattform von anderen Kryptowerten als vermögenswertereferenzierten Token und E-Geld-Token, von vermögenswertereferenzierten Token und E-Geld-Token sowie Anforderungen für Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen fest.

Das dadurch geschaffene "level-playing field" soll insbesondere Anreize für ein Wachstum dieses Dienstleistungssektors im EWR-Raum setzen. Im gleichen Zuge soll ein solcher Rahmen für Marktintegrität sorgen und ein angemessenes Schutzniveau für Verbraucher und Anleger bieten.

Die Vorschriften umfassen:

- Transparenz- und Offenlegungspflichten für die Ausgabe, das öffentliche Angebot und die Zulassung von Kryptowerten zum Handel auf einer Handelsplattform;
- die Zulassung und Beaufsichtigung von Anbietern von Kryptowerte-Dienstleistungen sowie Emittenten vermögenswertereferenzierter Token und E-Geld-Token;
- Betrieb, Organisation und Unternehmensführung der Emittenten und Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen;

- Schutz der Inhaber von Kryptowerten und Kunden der Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen; sowie
- Massnahmen zur Verhinderung von Insidergeschäften, unrechtmässiger Offenlegung von Insiderinformationen sowie Marktmanipulation.

Überdies wird durch die MiCAR das sogenannte «EWR-*Passporting*» eingeführt (Art. 59 Abs. 7 i.V.m. 65 MiCAR). Dieses ermöglicht es Anbietern von Kryptowerte-Dienstleistungen, die in einem EWR-Staat zugelassen sind, ihre Dienstleistungen in allen anderen EWR-Mitgliedstaaten anzubieten, ohne in jedem dieser Länder eine separate Lizenz beantragen zu müssen. Auch ohne physische Präsenz können Dienstleistungen in anderen EU-Ländern erbracht werden.

Ziel des EWR-*Passporting* ist es, die Integration und den freien Handel von Kryptowerte-Dienstleistungen im gesamten Binnenmarkt zu erleichtern.

Auch im Bereich der Emission von vermögensreferenzierten Token steht die unionsweit gültige Zulassung im Vordergrund: Wird einem antragstellenden Emittenten vermögenswertereferenzierter Token die Zulassung erteilt, so gilt auch das von diesem Emittenten erstellte Kryptowerte-Whitepaper als genehmigt. Die Zulassung durch die zuständige Behörde hat im gesamten EWR Gültigkeit und ermöglicht dem Emittenten vermögenswertereferenzierter Token, diese Kryptowerte im Binnenmarkt anzubieten und eine Zulassung zum Handel zu beantragen (Art. 16 Abs. 3 MiCAR). Ebenso gilt auch das für die betreffenden Kryptowerte erstellte Whitepaper im gesamten EWR (Art. 16 Abs. 4 leg. cit.), ohne dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, zusätzliche Anforderungen festzulegen.

### **3.2 TFR**

Durch die TFR werden einheitliche Standards für die Regulierung von Kryptowertetransaktionen im gesamten EWR-Raum eingeführt.

Der Schwerpunkt der neu gefassten TFR besteht in der Regulierung von Kryptowertetransfers (neben den bisherigen klassischen Geldtransfers). Neu wird sichergestellt, dass der Originator und der Begünstigte bei Transfers mit Kryptowerten identifiziert werden und somit eine Nachverfolgbarkeit von Transaktionen gewährleistet ist.

Es handelt sich bei dieser Verordnung somit um die europäische Umsetzung der von der FATF geforderten "travel rule", die in Liechtenstein bereits durch eine nationale Regelung adressiert wurde. Ausserdem wird aufgrund der in der TFR vorgesehenen Änderungen der Geldwäscherichtlinie (EU) 2015/849 das Erfordernis zur Anwendung verstärkter Sorgfaltspflichten bei Korrespondenzbankbeziehungen auf Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen ausgedehnt.

#### **4. DURCHFÜHRUNG**

Die MiCAR und die TFR werden durch den Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und die Abänderung weiterer Gesetze (EWR-MiCA-Durchführungsgesetz; EWR-MiCA-DG) sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte durchgeführt.

Der Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte (EWR-MiCA-Durchführungsgesetz; EWR-MiCA-DG) und die Abänderung weiterer Gesetze sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte, wurde von der Regierung am 30. Januar 2024 verabschiedet. Die Vernehmlassungsfrist endete am 28. März 2024. Der entsprechende Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag des Fürstentums

Liechtenstein<sup>4</sup> wurde in erster Lesung im Oktober-Landtag 2024 behandelt und soll in zweiter Lesung im Dezember-Landtag 2024 behandelt werden.

Ein zeitnahes Inkrafttreten der MiCAR sowie der TFR ist unbedingt erforderlich, um eine den EU-Mitgliedstaaten gleichwertige Regulierung sicherstellen zu können und damit insbesondere das gute Funktionieren des grenzüberschreitenden Geschäftsverkehrs innerhalb des EWR zu gewährleisten. Daher sollen beide Rechtsakte in Liechtenstein mit 1. Februar 2025 vorabumgesetzt werden.

## 5. VERHÄLTNIS ZUR SCHWEIZ

Die MiCAR und die TFR entfalten in der Schweiz, als Nicht-EU-/EWR-Mitgliedstaat, keinerlei Rechtswirkung. Schweizerische Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater sind jedoch insoweit betroffen, als sie die EWR-rechtlichen Regelungen zu beachten haben, soweit sie entsprechende Dienstleistungen im Bereich der Märkte für Kryptowerte im EWR anbieten. Nichtsdestotrotz können Schweizer Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater anders als liechtensteinische Unternehmen nicht vom sogenannten *EWR-Passporting* profitieren.<sup>5</sup> Mit Inkrafttreten der MiCAR im EWR-Abkommen verfügt Liechtenstein daher über einen signifikanten Standortvorteil im Vergleich zur Schweiz.

In der Schweiz gilt im Bereich der Blockchain-Technologie das Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register sowie die zugehörige Mantelverordnung. Zu den Kernbereichen des

---

<sup>4</sup> Bericht und Antrag Nr. 94/2024 der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und die Abänderung weiterer Gesetze sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte; <https://bua.regierung.li/BuA/default.aspx?nr=94&year=2024&backurl=modus%3dsearch%26filter1%3dvt%26filter2%3d94&sh=-984808539>.

<sup>5</sup> Siehe dazu näher auf Seite 13.

vorgenannten Gesetzes zählt die Anpassung des Wertpapierrechts. Damit erhielt der Handel von Rechten über elektronische Register eine sichere rechtliche Grundlage. Weiter wurde die Aussonderung kryptobasierter Vermögenswerte im Fall eines Konkurses gesetzlich geklärt. Schliesslich entstand im Finanzmarktinfrastrukturrecht eine neue Bewilligungskategorie für DLT-Handelssysteme und damit ein flexibler Rechtsrahmen für neue Formen von Finanzmarktinfrastrukturen.<sup>6</sup>

Darüber hinaus hat der schweizerische Gesetzgeber zur Förderung von innovativen Finanzunternehmen die sogenannte Fintech-Bewilligung, eine Bewilligung mit erleichternden Anforderungen, geschaffen. Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) ist für die Erteilung dieser Bewilligung zuständig.

## **6. VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT / RECHTLICHES**

Die Regierung ist zur Auffassung gelangt, dass der Beschlussentwurf des Gemeinsamen EWR-Ausschusses betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 sowie der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 in das EWR-Abkommen, dem Hohen Landtag gemäss Art. 8 Abs. 2 der Landesverfassung zur Zustimmung vorzulegen ist.

Weiters wirft die Vorlage keine verfassungsmässigen Fragen auf.

---

<sup>6</sup> <https://www.sif.admin.ch/de/blockchain-dlt>.

## **7. AUSWIRKUNGEN AUF VERWALTUNGSTÄTIGKEIT UND RESSOURCENEIN- SATZ**

### **7.1 Neue und veränderte Kernaufgaben**

Die Übernahme und Durchführung der MiCAR und der TFR führen zu einer Erweiterung der bestehenden Kernaufgaben der FMA. Die FMA ist neu auch zuständig für die Zulassung und Beaufsichtigung von MiCA-Instituten sowie für die Beaufsichtigung der MiCA-Tätigkeiten von Kreditinstituten, E-Geld-Instituten sowie anderen Finanzintermediären.

### **7.2 Personelle, finanzielle, organisatorische und räumliche Auswirkungen**

Für die FMA wird der Aufsichtsaufwand zunehmen. Näheres zum zusätzlichen Aufwand und den dafür erforderlichen Ressourcen sind dem Bericht und Antrag betreffend das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und die Abänderung weiterer Gesetze sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte<sup>7</sup> zu entnehmen.

### **7.3 Betroffene UNO-Nachhaltigkeitsziele und Auswirkungen auf deren Umsetzung**

Die MiCAR verfolgt insbesondere das UNO-Nachhaltigkeitsziel 10 (weniger Ungleichheiten). Gemäss dem Unterziel 10.5 soll die Regulierung und Überwachung

---

<sup>7</sup> Bericht und Antrag Nr. 94/2024 der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und die Abänderung weiterer Gesetze sowie die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte; <https://bua.regierung.li/BuA/default.aspx?nr=94&year=2024&backurl=modus%3dsearch%26filter1%3dvt%26filter2%3d94&sh=-984808539>.

der globalen Finanzmärkte und -institutionen verbessert und die Anwendung der einschlägigen Vorschriften verstärkt werden. Die MiCAR schafft einen einheitlichen gesetzlichen Rahmen in Bezug auf Märkte für Kryptowerte innerhalb des EWR, welcher speziell die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen unterstützen und die Freiheit, diese Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt zu erbringen und in Anspruch zu nehmen, erleichtern soll. Die MiCAR gewährleistet sohin den Abbau von bestehenden Hindernissen für einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt für Kryptowerte und damit zusammenhängende Dienstleistungen und Tätigkeiten. Gleichzeitig wird für ein hohes Mass an Anlegerschutz gesorgt. Durch die Ausgestaltung als EU-Verordnung und die damit sehr eingeschränkten nationalen Spielräume soll eine wirksame Überwachung der Einhaltung von Anforderungen für das öffentliche Angebot und die Zulassung zum Handel auf einer Handelsplattform von anderen Kryptowerten als vermögenswertereferenzierten Token oder E-Geld-Token, von vermögenswertereferenzierten Token und E-Geld-Token und solcher für Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen im EWR-Binnenraum gewährleistet und Aufsichtsarbitrage vermieden werden.

Die TFR verfolgt insbesondere das UNO-Nachhaltigkeitsziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen). Das UNO-Nachhaltigkeitsunterziel 16.4 fordert, illegale Finanzströme und die Finanzierung von Kriminalität und Terrorismus zu reduzieren. Die TFR trägt entscheidend zu diesem Ziel bei, indem sie den Kryptowertetransfer transparenter und nachvollziehbarer macht. Durch die Travel Rule wird sichergestellt, dass sowohl der Originator als auch der Begünstigte von Kryptowertetransfers, einschliesslich aller beteiligten Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen, identifiziert werden, was die Anonymität der Transaktionsparteien, die für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung genutzt werden könnte, erheblich erschwert.



Es ist zu erwarten, dass sich die Änderungen, die sich durch die Übernahme und Durchführung der MiCAR bzw. der TFR ergeben, positiv auf die vorgenannten Ziele auswirken werden.

#### **7.4 Evaluation**

Es ist keine Frist für eine Evaluation vorgesehen.

## II. ANTRAG DER REGIERUNG

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen unterbreitet die Regierung dem Landtag den

### Antrag,

der Hohe Landtag wolle dem Beschlussentwurf des Gemeinsamen EWR-Ausschusses betreffend die Verordnung 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 sowie die Verordnung (EU) 2023/1113 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 unter dem Vorbehalt, dass keine inhaltlichen Änderungen bis zur Unterzeichnung des Beschlusses mehr vorgenommen werden, die Zustimmung erteilen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung.

**REGIERUNG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN**

*gez. Dr. Daniel Risch*

Draft (23.09.2024)

**Doc. No. 24/00102-1**

**Case No. 24/00102**

**DECISION OF THE EEA JOINT COMMITTEE**

**No [...]**

**of [...]**

**amending Annex IX (Financial services) to the EEA Agreement**

THE EEA JOINT COMMITTEE,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area (“the EEA Agreement”), and in particular Article 98 thereof,

Whereas:

- (1) Regulation (EU) 2023/1114 of the European Parliament and of the Council of 31 May 2023 on markets in crypto-assets, and amending Regulations (EU) No 1093/2010 and (EU) No 1095/2010 and Directives 2013/36/EU and (EU) 2019/1937<sup>1</sup>, as corrected by OJ L, 2024/90275, 2.5.2024, is to be incorporated into the EEA Agreement.
- (2) The EFTA States shall, when defining what countries shall be on the list of noncooperative jurisdictions in their national legislation, take utmost account of the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes.
- (3) Annex IX to the EEA Agreement should therefore be amended accordingly,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

*Article 1*

Annex IX to the EEA Agreement shall be amended as follows:

1. The following is inserted after point 31q (Regulation (EU) 2022/2554 of the European Parliament and of the Council) of Annex IX to the EEA Agreement:

‘31r. **32023 R 1114:** Regulation (EU) 2023/1114 of the European Parliament and of the Council of 31 May 2023 on markets in crypto-assets, and amending Regulations (EU) No 1093/2010 and (EU) No 1095/2010 and Directives 2013/36/EU and (EU) 2019/1937 (OJ L 150, 9.6.2023, p. 40), as corrected by OJ L, 2024/90275, 2.5.2024.

The provisions of the Regulation shall, for the purposes of this Agreement, be read with the following adaptations:

- (a) Notwithstanding the provisions of Protocol 1 to this Agreement, and unless otherwise provided for in this Agreement, the terms Member State(s) and competent authorities shall be understood to include, in addition to their

---

<sup>1</sup> OJ L 150, 9.6.2023, p. 40.

meaning in the Regulation, the EFTA States and their competent authorities, respectively.

- (b) Unless otherwise provided for in this Agreement, the European Securities and Markets Authority (ESMA), the European Banking Authority (EBA), the European Central Bank (ECB) and the EFTA Surveillance Authority shall cooperate, exchange information and consult each other for the purposes of the Regulation, in particular prior to taking any action.
- (c) References to the powers of EBA under Articles 9(5) and 19 of Regulation (EU) No 1093/2010 of the European Parliament and of the Council in this Regulation shall be understood as referring, in the cases provided for in and in accordance with point 31g of this Annex, to the powers of the EFTA Surveillance Authority as regards the EFTA States.
- (d) References to the powers of ESMA under Articles 9(5), 17 and 19 of Regulation No 1095/2010 of the European Parliament and of the Council in this Regulation shall be understood as referring, in the cases provided for in and in accordance with point 31i of this Annex, to the powers of the EFTA Surveillance Authority as regards the EFTA States.
- (e) The ECB shall assist the EFTA Surveillance Authority in carrying out its tasks of issuing opinions pursuant to Articles 17(5), 20(5), 22(5), 24(2), 24(3) and 25(3) of this Regulation. The ECB and the EFTA Surveillance Authority shall aim to agree on a common position on the content of the opinion.

If a common position cannot be reached and the ECB disagrees with the opinion of the EFTA Surveillance Authority, it may submit a dissenting opinion to the EEA Joint Committee. In such a case, the President of the ECB or the College of the EFTA Surveillance Authority may request the Contracting Parties to refer the matter to the EEA Joint Committee which shall deal with it in accordance with Article 111 of the EEA Agreement which shall apply *mutatis mutandis*. Notwithstanding this paragraph, a Contracting Party may at any time refer the matter to the EEA Joint Committee at its own initiative in accordance with Articles 5 or 111 of this Agreement.

- (f) Notwithstanding adaptations (k), (l), (n), (p) and (q), the ECB shall issue opinions to the competent authorities of the EFTA States pursuant to Articles 17(5), 20(5), 22(5), 24(2), 24(3) and 25(3) where the asset-referenced token references the Euro. In such cases, the EFTA Surveillance Authority shall not issue an opinion.
- (g) Decisions, interim decisions, requests, revocations of decisions and other measures of the EFTA Surveillance Authority under Articles 43(2), 44(3), 56(1), 57(3), 103(1), 104(1), 117, 122(1), 123(3), 124(5), 125, 130(1), 131(1), 132(1), and 137(1) shall, without undue delay, be adopted on the basis of drafts prepared by EBA or ESMA, as the case may be, at its own initiative or at the request of the EFTA Surveillance Authority.
- (h) When the Regulation refers to the national central banks, it shall, as regards Liechtenstein, refer to the Ministry of Finance in Liechtenstein.

- (i) In Articles 6, 19, 51, 67, 98, 109 and 128, the words “Union or national law” shall be replaced with “provisions of the EEA Agreement or national law”.
- (j) In Articles 14(1) and 34(6) and point 33 of Annex V to this Regulation, the words “the appropriate Union standards” shall be replaced with “the appropriate standards pursuant to the EEA Agreement”.
- (k) In Article 17(5):
  - (i) in the first subparagraph, the words “and, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”;
  - (ii) in the second and third subparagraphs, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.
- (l) In Article 20:
  - (i) in paragraph 4, the words “and, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”;
  - (ii) in paragraph 5, the words “or as the case may be, the EFTA Surveillance Authority, shall be inserted after the word “ECB”.
- (m) In Article 21(4), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.
- (n) In Article 22(5), the words “or, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.
- (o) In Article 23(2), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.
- (p) In Article 24(2) and (3), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.
- (q) In Article 25:
  - (i) in the first subparagraph of paragraph 3, the words “or, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”;
  - (ii) in the second subparagraph of paragraph 3 and in paragraph 4, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”
  - (iii) in paragraph 4, the words “the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.
- (r) In Article 43(2), (6) and (7) the words “or, as regards asset-referenced tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.

(s) In Article 43(4), the words “and, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.

(t) In Article 43(5), the following subparagraphs shall be added:

“As regards the EFTA States, where the EFTA Surveillance Authority concludes that an asset-referenced token fulfils the criteria set out in paragraph 1 in accordance with paragraph 2, EBA shall prepare a draft decision to classify the asset-referenced token as a significant asset-referenced token and notify that draft decision to the issuer of that asset-referenced token, to the competent authority of the issuer’s home EFTA State, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and in cases referred to in paragraph 4, second subparagraph, to the central bank of the EEA State concerned.

Issuers of such asset-referenced tokens, the competent authorities, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, where applicable, the central bank of the EEA State concerned shall have 20 working days from the date of notification of EBA’s draft decision to provide observations and comments in writing. EBA shall duly consider those observation before preparing a draft in the view of a decision on the part of the EFTA Surveillance Authority under paragraph 6.”.

(u) In Article 43(8):

(i) in the first subparagraph, the words “or, as regards significant asset-referenced tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;

(ii) the following subparagraphs shall be added:

“As regards the EFTA States, where the EFTA Surveillance Authority concludes that certain asset-referenced tokens no longer fulfil the criteria set out in paragraph 1 in accordance with paragraph 2, EBA shall prepare a draft decision to no longer classify the asset-referenced tokens as significant and notify that draft decision to the issuer of that asset-referenced token, to the competent authority of the issuer’s home EFTA State, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and in the cases referred to in paragraph 4, second subparagraph, to the central bank of the EEA State concerned.

Issuers of such asset-referenced tokens, their competent authorities, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, where applicable, the central bank of the EEA State concerned shall have 20 working days from the date of notification of EBA’s draft decision to provide observations and comments in writing. EBA shall duly consider those observation before preparing a draft decision for the EFTA Surveillance Authority under paragraph 9.”.

(v) In Article 43(9) and (10), the words “or, as regards significant asset-referenced tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “EBA”.

(w) In Article 44(1), the words “and, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.

(x) In Article 44(2), the following subparagraphs shall be inserted:

“As regards the EFTA States, EBA shall, within 20 working days of the notification referred to in paragraph 1 of this Article, prepare a draft decision containing its opinion based on the programme of operations whether the asset-referenced token fulfils or is likely to fulfil at least three of the criteria set out in Article 43(1) and notify that draft decision to the issuer of that asset-referenced token, to the competent authority of the issuer’s home EFTA State, the EFTA Surveillance Authority and the central bank of the EFTA State where the applicant issuer is established. In addition, in the cases referred to in Article 43(4), fourth subparagraph, to the ECB or to the central bank of the EEA State concerned.

Competent authorities of issuers of such asset-referenced tokens, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, where applicable, the central bank of the EEA State concerned shall have 20 working days from the date of notification of that draft decision to provide observations and comments in writing. EBA shall duly consider those observation before preparing a draft decision for the EFTA Surveillance Authority under paragraph 3.”.

(y) In Article 44(3), the words “or, as regards asset-referenced tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority,” shall be inserted after the word “EBA”.

(z) In Article 44(4), the words “or, as regards significant asset-referenced tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.

(za) In Article 45(4), the words “or, as regards issuers of significant asset-referenced tokens established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.

(zb) In Articles 56(1), (5) and (6) the words “or, as regards e-money tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.

(zc) In Article 56(3), the words “and, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”.

(zd) In Article 56(4), the following subparagraphs shall be added:

“As regards the EFTA States, where the EFTA Surveillance Authority concludes that an e-money token fulfils the criteria set out in Article 43(1) in accordance with paragraph 1 of this Article, EBA shall prepare a draft decision to classify the e-money token as a significant e-money token and notify that draft decision to the issuer of the e-money token, to the competent authority of the issuer’s home EFTA State, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, in the cases referred to in paragraph 3, second subparagraph, to the central bank of the EEA State concerned.

Issuers of such e-money tokens, the competent authorities, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, where applicable, the central bank of the EEA State concerned shall have 20 working days from the date of notification of that draft decision to provide observations and comments in writing. EBA shall duly consider those observation before preparing a draft in the view of a decision on the part of the EFTA Surveillance Authority under paragraph 5.”.

(ze) In Article 56(7), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.

(zf) In Article 56(8):

(i) in the first subparagraph, the words “or, as regards significant e-money tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;

(ii) the following subparagraphs shall be added:

“As regards the EFTA States, where the EFTA Surveillance Authority concludes that certain e-money tokens no longer meet the criteria set out in Article 43(1), in accordance with paragraph 1 of this Article, EBA shall prepare a draft decision to no longer classify the e-money token as significant and notify that draft decision to the issuer of those e-money tokens, to the competent authority of the issuer’s home EFTA State, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, in the cases referred to in paragraph 3, second subparagraph, to the ECB or the central bank of the EEA State concerned.

Issuers of such e-money tokens, the competent authorities, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and the central bank of the EEA State concerned shall have 20 working days from the date of notification of EBA’s draft decision to provide observations and comments in writing. EBA shall duly consider those observation before preparing a draft in the view of a decision on the part of the EFTA Surveillance Authority under paragraph 9.”.

(zf) In Article 56(9) and (10), the words “or as regards significant e-money tokens issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority,” shall be inserted after the word “EBA”.

(zg) In Article 57:

(i) in paragraph 1, the words “and, as regards the competent authorities of the EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ECB”;

(ii) in paragraph 2, the following subparagraphs shall be inserted:

“As regards the EFTA States, EBA shall, within 20 working days from the date of notification referred to in paragraph 1 of this Article, prepare a draft decision containing its opinion based on the issuer’s programme of operations whether the e-money token fulfils or is likely to fulfil at least three of the criteria set out in Article 43(1) and



notify that draft decision to the issuer of that asset-referenced token, to the competent authority of the issuer's home EFTA State, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and in the cases referred to in Article 56(3), second subparagraph, to the central bank of the EEA State concerned.

The competent authorities of issuers of such e-money tokens, the EFTA Surveillance Authority, the ECB and, where applicable, the central bank of the EEA State concerned shall have 20 working days from the date of notification of that draft decision to provide observations and comments in writing. EBA shall duly consider those observation before preparing a draft in the view of a decision on the part of the EFTA Surveillance Authority under paragraph 3.”.

- (iii) in paragraph 3, the words “or, as regards e-money token issued by an issuer established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.
- (iv) in paragraph 4, the words “or, of the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “of EBA”.
- (v) in paragraph 4, the words “or, as regards issuers of a significant e-money token, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “to EBA”.
- (vi) in paragraph 5, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.
- (zh) In Article 59(2), the second sentence shall be replaced with the following:  
“They shall have their place of effective management in the EEA and at least one of the directors shall be resident in the EEA or in Switzerland.”.
- (zi) In Article 73(1), the words “data protection standards of the Union” shall be replaced with “data protection standards pursuant to the EEA Agreement”.
- (zj) In Article 95:
  - (i) in paragraph 1, the words “and the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “ESMA”;
  - (ii) in paragraph 4, the words “and, where a competent authority of an EFTA State is involved, the EFTA Surveillance Authority,” shall be inserted after the words “EBA and ESMA”;
  - (iii) in paragraph 5, the words “or the EFTA Surveillance Authority, as regards inspection or investigation in an EFTA State” shall be inserted after the words “ESMA” and “EBA”.
- (zk) In Article 100, the words “Union or national legislative acts” shall be replaced with the words “provisions of the EEA Agreement or national legislative acts”.
- (zl) In Articles 103, 104, 105 and 111, the words “Union law” shall be replaced with the words “the EEA Agreement”.

- (zm) In Articles 103(1) to (7), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “ESMA”.
- (zn) In Articles 104(1) to (7), the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.
- (zo) In Article 110:
- (i) in paragraph 4, the words “or, as the case may be, by the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “own initiative”;
  - (ii) in paragraph 5, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “ESMA”.
- (zp) In Article 111(1), as regards the EFTA States, the words “by 30 June 2024” shall read “by 30 June 2025”.
- (zq) In Article 117:
- (i) in paragraph 1, first subparagraph, the words “or the EFTA Surveillance Authority, as regards significant asset-referenced tokens issued by an issuer established in an EFTA State” shall be inserted after the word “EBA”;
  - (ii) in the second subparagraph of paragraph 1 and in paragraphs 3, 4 and 5, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.
- (zr) In Article 119(2):
- (i) the following point shall be inserted:  
“(n) the EFTA Surveillance Authority.”;
  - (ii) the following subparagraph shall be inserted:  
“The participation of the EFTA Surveillance Authority in the colleges shall, in cases concerning issuers of a significant asset-referenced tokens or of a significant e-money tokens established outside of the EFTA States, be on a voluntary basis.”.
- (zs) In Article 120, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “EBA”.
- (zt) In Article 121, the words “or the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “EBA”.
- (zu) In Article 122:
- (i) the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “EBA”;
  - (ii) as regards the EFTA States, point (g) of paragraph 3 shall read as follows:  
“indicate the right to have the decision reviewed by the EFTA Court in accordance with Article 36 of the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”.

(zv) In Article 123:

- (i) in paragraph 1, the words “or, in the case of an issuer subject to investigation established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
- (ii) in paragraph 1, the following subparagraph shall be added:

“Officials of and other persons authorised by EBA shall be entitled to assist the EFTA Surveillance Authority in the carrying out of its duties under this Article and have the right to participate in investigations upon EBA’s request.”;
- (iii) in paragraphs 2, 3, 4, 5, 6 and the first sentence of paragraph 7, as regards the EFTA States, the word “EBA” shall read “the EFTA Surveillance Authority”;
- (iv) the second sentence of paragraph 3, as regards the EFTA States, shall read as follows:

“The decision shall specify the subject matter and purpose of the investigation, the periodic penalty payments provided for in Article 132 and the right to have the decision reviewed by the EFTA Court in accordance with Article 36 of the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”;
- (v) in the second sentence of paragraph 7, as regards the EFTA States, the words “EBA’s file” shall read “the file of EBA and the EFTA Surveillance Authority”;
- (vi) the third sentence of paragraph 7, as regards the EFTA States, shall read as follows:

“The lawfulness of the EFTA Surveillance Authority’s decision shall be subject to review only by the EFTA Court in accordance with the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”.

(zw) In Article 124:

- (i) in paragraph 1, the words “or, in the case of issuers established in EFTA States, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
- (ii) in paragraph 1, the following subparagraph shall be added:

“The EFTA Surveillance Authority shall without undue delay forward the information obtained under this Article to ESMA.”;
- (iii) in paragraphs 2 to 10 and the first sentence of paragraph 11, as regards the EFTA States, the words “EBA” shall read “the EFTA Surveillance Authority”;
- (iv) in paragraph 2, the following subparagraph shall be added:

“Officials of and other persons authorised by EBA shall be entitled to assist the EFTA Surveillance Authority in the carrying out of its

duties under this Article and have the right to participate in on-site inspections upon EBA's request.”;

- (v) the second sentence of paragraph 5, as regards the EFTA States, shall read as follows:

“The decision shall specify the subject matter and purpose of the investigation, specify the date on which it is to begin and indicate the periodic penalty payments provided for in Article 132 as well as the right to have the decision reviewed by the EFTA Court in accordance with Article 36 of the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”;

- (vi) in the second sentence of paragraph 11, as regards the EFTA States, the words “EBA's file” shall read “the file of EBA and the EFTA Surveillance Authority”;

- (vii) the third sentence of paragraph 11 shall, as regards the EFTA States, read as follows:

“The lawfulness of the EFTA Surveillance Authority's decision shall be subject to review only by the EFTA Court in accordance with the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”.

- (zx) In Article 125:

- (i) the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority's” shall be inserted after the word “EBA's”;
- (ii) the words “and the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “EBA”.

- (zy) In Article 128, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.

- (zz) In Article 129:

- (i) the words “, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the first use of the word “EBA”;
- (ii) the words “, for the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the second use of the word “EBA”;
- (iii) the words “or the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the third and fourth use of the word “EBA”.

- (zza) In Article 130:

- (i) in paragraph 1, the words “or in the case of an issuer of a significant asset-referenced token established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
- (ii) in paragraph 2, the words “or in the case of an issuer of a significant e-money token established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;

- (iii) paragraph 3, as regards the EFTA States, the word “EBA” shall read as “the EFTA Surveillance Authority”;
- (iv) in paragraph 4 and 5, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
- (v) in paragraph 6, the following subparagraph shall be added:

“The EFTA Surveillance Authority shall notify any measure taken pursuant paragraph 1 and 2 to the issuer of the significant asset-referenced token or the issuer of the significant e-money token established in an EFTA State responsible for the infringement without undue delay and shall communicate that measure to the competent authorities, EBA as well as to the Commission. EBA and the EFTA Surveillance Authority shall publicly disclose any such decision on its website within 10 working days of the date of adoption of such decision, unless such disclosure would seriously jeopardise financial stability or cause disproportionate damage to the parties involved. Such disclosure shall not contain personal data.”;

- (vi) in paragraph 7, the following subparagraph shall be added:

“The disclosure by EBA and the EFTA Surveillance Authority to the public of decisions of the EFTA Surveillance Authority referred to in paragraph 6, shall include the following statements:

- (a) a statement affirming the right of the person responsible for the infringement to have the decision reviewed by the EFTA Court;
- (b) where relevant, a statement affirming that a review has been lodged and specifying that such a review does not have suspensive effect;
- (c) a statement asserting that it is possible the EFTA Court to suspend the application of the contested decision in accordance with Article 40 of the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”.

- (zzb) In Article 131:

- (i) in paragraph 1, the words “or, in the case of an issuer of a significant asset-referenced token or of a significant e-money token established in an EFTA State, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the words “EBA”;
- (ii) in paragraph 2, the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the first use of the word “EBA”;
- (iii) in paragraph 2, the words “and, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the second use of the word “EBA”.

- (zzc) In Article 132:

- (i) the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
  - (ii) the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority’s decision” shall be inserted after the word “EBA’s decision”.
- (zzd) In Article 133:
- (i) in paragraph 1, the words “and the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
  - (ii) in paragraph 4, the following subparagraph shall be added:  
 “The Standing Committee of the EFTA States shall determine the allocation of the amounts of the fines and periodic penalty payments collected by the EFTA Surveillance Authority.”;
  - (iii) in paragraph 5, the following subparagraph shall be added:  
 “Where, the decision not to impose fines or penalty payments is taken by the EFTA Surveillance Authority, it shall inform the Standing Committee of the EFTA States and the competent authorities of the EFTA State concerned and shall set out the reasons for its decision.”.
- (zze) In Article 134:
- (i) in paragraph 1, the following subparagraph shall be added:  
 “Where, in carrying out its supervisory responsibilities under Article 117, there are clear and demonstrable grounds to suspect that there has been or will be an infringement as listed in Annex V or VI, the EFTA Surveillance Authority shall appoint an independent investigation officer within the EFTA Surveillance Authority to investigate the matter following consultations with EBA. The investigation officer shall not be involved or have been directly or indirectly involved in the supervision of the issuers of significant asset-referenced tokens or issuers of significant e-money tokens concerned and shall perform its functions independently from the College of the EFTA Surveillance Authority and EBA.”;
  - (ii) in paragraphs 4, 5 and 7, as regards the EFTA States, the words “and the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
  - (iii) in paragraph 7 and 9, the words “or the EFTA Surveillance Authority’s” shall be inserted after the word “EBA’s”;
  - (iv) in paragraph 8, as regards the EFTA States, the text after the words “Article 135,” shall read as follows:  
 “the EFTA Surveillance Authority shall decide whether an infringement as listed in Annex V or VI has been committed by the issuer of the significant asset-referenced token or the issuer of the significant e-money token subject to the investigation and, in such a

case, shall take a supervisory measure in accordance with Article 130 or impose a fine in accordance with Article 131.

The EFTA Surveillance Authority shall provide EBA with all information and files necessary for the performance of its obligation under this paragraph.”;

- (v) in paragraph 11, as regards the EFTA States, the word “EBA” shall read “the EFTA Surveillance Authority”.

(zzf) In Article 135:

- (i) in paragraph 1, the following subparagraphs shall be added:

“Before preparing any draft for the EFTA Surveillance Authority under Article 130, 131 or 132, EBA shall give the persons subject to an investigation the opportunity to be heard on its findings. EBA shall base its drafts only on findings on which the persons subject to such investigation have had an opportunity to comment.

The EFTA Surveillance Authority shall base its decisions under Article 130, 131 or 132 only on findings on which the persons subject to the proceedings have had the opportunity to comment.”;

- (ii) in paragraph 2, the following subparagraph shall be added:

“The second and third subparagraphs of paragraph 1 shall not apply if urgent action is needed in order to prevent significant and imminent damage to financial stability or to the holders of crypto-assets, in particular retail holders. In such a case, the EFTA Surveillance Authority may adopt an interim decision, and the persons concerned shall be given the opportunity to be heard as soon as possible after the decision is taken.”;

- (iii) in paragraph 3, the words “EBA’s file” shall be replaced with the words “the file of EBA and the EFTA Surveillance Authority”.

(zzg) In Article 137(1), the following subparagraphs shall be added:

“As regards issuers of significant asset-referenced tokens and issuers of significant e-money tokens established in an EFTA State, fees shall be charged by the EFTA Surveillance Authority on the same basis as fees charged to other issuers of significant asset-referenced tokens and issuers of significant e-money tokens in accordance with this Regulation and with the Commission delegated act referred to in paragraph 3.

The amounts collected by the EFTA Surveillance Authority in accordance with this paragraph shall be passed on to EBA without undue delay.”.

(zzh) In Article 138:

- (i) the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”;
- (ii) the following paragraph shall be added:

“5. Prior to the delegation of a task, the EFTA Surveillance Authority and EBA shall consult each other.”.

(zzj) In Article 149:

(i) in paragraph 2, as regards the EFTA States, the words “30 December 2024” shall read “from the date of entry into force of the Decision of the EEA Joint Committee No [nn/yyyy] of [month/year] (This decision) or a date designated under national law no later than 12 months after the date of entry into force of Decision of the EEA Joint Committee No [nn/yyyy] of [month/year] (This decision)”;

(ii) paragraphs 3 and 4 shall, as regards the EFTA States, not apply.

(zzk) In point 76 of Annex V and point 35 of Annex VI the words “or, as the case may be, the EFTA Surveillance Authority” shall be inserted after the word “EBA”.’

2. The following indent is added to points 14 (Directive 2013/36/EU of the European Parliament and of the Council), 31g (Regulation (EU) No 1093/2010 of the European Parliament and of the Council) and 31i (Regulation (EU) No 1095/2010 of the European Parliament and of the Council) of Annex IX to the EEA Agreement:

‘- **32023 R 1114**: Regulation (EU) 2023/1114 of the European Parliament and of the Council of 31 May 2023 (OJ L 150, 9.6.2023, p. 40), as corrected by OJ L, 2024/90275, 2.5.2024.’

#### *Article 2*

The text of Regulation (EU) 2023/1114, as corrected by OJ L, 2024/90275, 2.5.2024, in the Icelandic and Norwegian languages, to be published in the EEA Supplement to the *Official Journal of the European Union*, shall be authentic.

#### *Article 3*

This Decision shall enter into force on the fourteenth day following the last notification under Article 103(1) of the EEA Agreement\*.

#### *Article 4*

This Decision shall be published in the EEA Section of, and in the EEA Supplement to, the *Official Journal of the European Union*.

Done at Brussels, [...].

*For the EEA Joint Committee*  
*The President*  
[...]

*The Secretaries*  
*To the EEA Joint Committee*

---

\* [No constitutional requirements indicated.] [Constitutional requirements indicated.]



[...]